

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 16. JUNI 2022

GESCH.-NR. 2022-0430
BESCHLUSS-NR. 2022-133
IDG-STATUS öffentlich

SIGNATUR **16** **GEMEINDEORGANISATION**
16.04 **Stadtparlament (bis 2021 Grosser Gemeinderat)**
16.04.22 **Postulate**

BETRIFFT **Postulat Simon Binder, SVP, und Mitunterzeichnende, betreffend Reduktion von bürokratischen Hürden und Sicherstellung von kosteneffizienten Anreizen bei Investitionen in regenerative Energien / Substantielles Protokoll**

10. Geschäft-Nr. 2022/165
Postulat Simon Binder, SVP, und Mitunterzeichnende, betreffend Reduktion von bürokratischen Hürden und Sicherstellung von kosteneffizienten Anreizen bei Investitionen in regenerative Energien - Begründung / Überweisung

VORSTOSS

Simon Binder, SVP, Mitglied des Stadtparlamentes, und Mitunterzeichnende, reichen mit Schreiben vom 11. April 2022 nachfolgendes Postulat bei der Geschäftsleitung des Stadtparlamentes ein (STAPA-Geschäft-Nr. 2022/165):

ANTRAG

Der Stadtrat wird eingeladen, in einer Analyse mögliche bürokratische Hürden im Ausbau von regenerativen Energien zu identifizieren. Er ist dann gebeten zu prüfen, wie diese Hürden nach dem Grundsatz «Ermöglichen statt Verhindern» abgebaut werden können. Ferner sollen bei der Schaffung von Anreizen kosteneffiziente Lösungen angestrebt werden.

BEGRÜNDUNG

NICHT OB, SONDERN WANN

Der globale Ausbau von regenerativen Energien hat nach einer intensiven umweltpolitischen Debatte nun auch eine zunehmend geopolitische Dimension erreicht. Die Frage lautet nicht mehr, ob der Verbrennung von fossilen Energieträgern ein Ende gesetzt werden soll, sondern wann. Auch ist klar, je früher wir von Energie aus Kohle, Öl und Gas wegkommen, desto stärker ist einerseits der Nutzen für Umwelt und Natur – und desto schneller verlagern wir andererseits die jetzigen Geldflüsse an überwiegend demokratiefeindliche Staaten zurück in unsere heimische Wirtschaft.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 16. JUNI 2022

GESCH.-NR. 2022-0430

BESCHLUSS-NR. 2022-133

DAS BESSERE IST DER FEIND DES GUTEN

Der vorherrschende Tatendrang von privaten und gewerblichen Investoren für einen schnellen Zubau von Produktionskapazitäten an regenerativen Energien wird leider oft schon in der Konzeptionsphase gebremst. Denn die entsprechenden Projekte sind zwar Emissionsarm, aber nicht Emissionsfrei: Photovoltaikanlagen sieht man, Windräder hört man und Biogasanlagen riecht man.

Aus diesen Gründen werden zahlreiche Projekte entweder durch Behördenentscheide verhindert, oder dann durch benachbarte Privatpersonen oder Interessensverbände verzögert und bekämpft. Dabei geht oft vergessen, dass wir eigentlich nicht in der Situation sind, «gute» gegen «bessere» Standorte bzw. Projekte auszuspielen, da wir für eine zeitnahe Energiewende letztendlich auf beider angewiesen sind.

TATEN STATT ABLASSHANDEL

Aufgrund des vorherrschenden Staus beim Ausbau der regenerativen Energien, flüchten sich Privatpersonen, Geschäfte und auch unsere Stadt mit ihren guten Absichten in den Zertifikathandel. Doch letztendlich ist es beim Strom aus der Steckdose oder beim Gas zum Heizen absolut unerheblich, ob dabei noch ein paar Rappen für Öko- bzw. CO₂-Kompensativen entrichtet werden; das bezogene Produkt ist und bleibt trotzdem fossil produziert. Zudem fließen durch den Zertifikathandel die Gelder überproportional ins Ausland ab, welche dann nicht mehr für inländische Investitionen zur Verfügung stehen. Beispielsweise beim Biogas zeigt ein Blick auf die Zahlen aus dem Jahr 2019: Von 1'100 GWh Biogas, die ins Schweizer Gasnetz eingespeist wurden, stammen rund 600 GWh aus dem Ausland. Anstatt wiederkehrend «Ablassbriefe» in Form von ausländischen Öko-Zertifikaten zu erwerben, wären wir mit einmaligen Investitionen in unsere heimische Volkswirtschaft besser beraten.

ERMÖGLICHEN STATT VERHINDERN

Aus diesem Grund ist der Stadtrat eingeladen, die bürokratischen Hürde im Ausbau von regenerativen Energien zu identifizieren, Wege für dessen Abbau zu finden und gegebenenfalls mit Anreizen Investitionen in Leuchtturmprojekte zu stimulieren. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit sind nachfolgend fünf mögliche Hürden und/oder fehlende Anreize exemplarisch erwähnt.

- **Erzeugung von Biogas in unserer Stadt:** Mit dem STAPA Geschäft Nr. 2021/149 möchte der Stadtrat seinen Gasbezug für die städtischen Immobilien auf 100% Biogas umstellen. Anstelle dieser jährlichen Mehrkosten von rund Fr. 142'000.- ohne jeglichen wirtschaftlichen Mehrwert, könnte die Stadt mit dem gleichen Geld private Investitionen in den Aufbau und Betrieb einer regionalen Biogasanlage stimulieren. Die Anlage könnte neben Gas auch Strom und Fernwärme liefern und unser Haushaltskompost sowie landwirtschaftliche Hofdünger (z.B. Hühnermist) aus der Region verwerten. Heute werden lediglich rund 4-5% des Hofdüngers der Vergärung zugeführt und energetisch genutzt. Zurück bleiben würde ein hervorragendes Substrat für unsere Gärten und Fruchtfolgeflächen. Gemäss unserem kommunalen Richtplan ist zwischen Horben und Mesikon ein möglicher Standort vorgemerkt. Auch denkbar wäre ein überkommunaler Betrieb einer solchen Infrastruktur.
- **Erzeugung von Windkraft in unserer Stadt:** Am Standort Ottikon, Rothenfluh ist eine Windenergieanlage im Richtplan vorgemerkt. Analog dem obigen Beispiel gilt es auch hier, die Planung voranzutreiben und frühzeitig nach möglichen privaten Projektträgern zu sondieren sowie die Anliegen der umliegenden Anwohnerinnen und Anwohner abzuholen.
- **Prüfung der Stromgewinnung aus Geothermie:** In 4 bis 5,5 Kilometern Tiefe ist die Erde rund 150° C heiss und das Potenzial zur Stromgewinnung nach menschlichen Ermessen unendlich. In der Schweiz gibt es noch keine Anlage, die mit Erdwärme Strom produziert. Jedoch rechnet die bundesrätliche Energiestrategie 2050 mit 4'400 GWh Strom aus tiefer Geothermie (zum Vergleich: Die Schweiz verbraucht heute jährlich 60'000 GWh Strom).



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 16. JUNI 2022

GESCH.-NR. 2022-0430

BESCHLUSS-NR. 2022-133

- Nach den negativen Erfahrungen in Basel und St. Gallen wurde es verständlicherweise etwas ruhig um diese Art der Stromproduktion. Mittlerweile hat sich die Technik weiterentwickelt und die Gefahr von seismischen Ereignissen konnte reduziert werden. Im kommunalen Richtplan ist kein potentieller Standort für eine Geothermieanlage eingezeichnet und der kommunale Energieplan gibt dazu wenige Informationen preis. Der kommunale Richtplan könnte mit einem geeigneten Standort für eine Anlage, welche Strom direkt aus Geothermie gewinnt, ergänzt werden. Analog zu den obigen Beispielen wäre anschliessend auch hier angezeigt, die Planung voranzutreiben und frühzeitig nach möglichen privaten Projektträgern zu sondieren sowie die Anliegen der Bevölkerung abzuholen.
- **Liberaler Beurteilung bei Anlagenstandorten in den Kernzonen oder bei inventarisierten Objekten:** Je nach Beurteilung durch die städtischen Behörden kann ein Bauvorhaben einer PV-Anlage mit weitreichenden Anforderungen an die Ästhetik belastet werden. Insbesondere in den Kernzonen reichen diese von der Auflage zur Wahl von teureren, anthrazitfarbenen monokristallinen Wafern, über die ausschliessliche Genehmigung von rechteckigen Modulfeldern bis hin zur Pflicht zur vollflächig integrierten Indachanlage. Durch die dadurch provozierten Mehrkosten oder Leistungseinbussen dürften zahlreiche Investitionswillige bereits im Voraus abgeschreckt werden. Weiter besteht in der Stadt Illnau-Effretikon eine kommunale Denkmalschutzinventarliste mit rund 300 denkmalgeschützten oder schutzwürdigen Objekten beinhalten über 600 Gebäuden. Ausgerechnet bei jenen Altbauten, die ohnehin einen sehr hohen Heizenergieverbrauch haben dürften, stehen die denkmalgeschützten Dachflächen teilweise gar nicht zur Verfügung. Der Stadtrat ist angehalten, die öffentlichen Interessen von Ortsbild und Denkmalschutz mit jenen einer Energiewende und Energieautarkie neu abzuwägen.
- **Anreize schaffen für Photovoltaik-Anlagen >30 kWp:** Für PV-Anlagen gibt es eine bürokratische Schwelle: Anlagen ab 30 kWp Leistung bedürfen unter anderem einer Beglaubigung durch einen akkreditierten Auditor sowie einer permanenten Lastgangmessung mit entsprechender Telemetrie. Weitere mögliche Hürden sind die zu knappe Bemessung von lokalen Trafostationen und Stromtrassen. Es wäre schade, wenn nur durch bürokratische Hürden bestes Solarpotenzial verschenkt würde (siehe Abbildungen), während sich das bestehende städtische Energieförderprogramm insbesondere auf unrentable Flächen (verwinkelte und teilverschattete Kleinflächen) fokussiert. Hier gilt es, entsprechende Investitionswillige von einer ganzflächigen Dimensionierung zu überzeugen und tragbare Lösungen aufzuzeigen.



Wegen bürokratischen Hürden viel ungenutztes Potenzial: PV-Anlagen in Niederwil TG, wohl mit 29.99 kWp Anlageleistung.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 16. JUNI 2022

GESCH.-NR. 2022-0430

BESCHLUSS-NR. 2022-133



Beispiel für technische Hürden: In der Schiessanlage Luckhausen bleibt die Werkzuleitung bei altertümlichen 30 kVA. Heute wird der Zubau von Photovoltaik behindert, morgen der Ausbau von Ladestationen für Elektrofahrzeuge?

Den Postulaten ist es ein Herzensanliegen, dass der Umstieg auf regenerative Energien möglichst zeitnah aber auch unbürokratisch und kosteneffizient – sowohl für den Investor als auch den Steuerzahler – umgesetzt werden kann. Entsprechend ersuchen wir den Stadtrat um Annahme des Postulats.

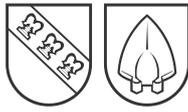
URHEBER: Simon Binder, SVP, Mitglied des Stadtparlamentes

MITUNTERZEICHNENDE:
Paul Rohner, SVP, Mitglied des Stadtparlamentes
Roland Wettstein, SVP, Mitglied des Stadtparlamentes
Roman Nüssli, SVP, Mitglied des Stadtparlamentes
Yves Cornioley, SVP, Mitglied des Stadtparlamentes
Thomas Schumacher, SVP, Mitglied des Stadtparlamentes
Daniel Huber, SVP, Mitglied des Stadtparlamentes
Ueli Kuhn, SVP, Mitglied des Stadtparlamentes

EINGANG GESCHÄFTSLEITUNG: 11.04.2022

FORMELLES

Der Vorstoss wurde von der Urheberschaft als Postulat taxiert. Eine Überprüfung der Geschäftsleitung des Stadtparlamentes ergab, dass der Vorstoss die einschlägigen Vorschriften, wie sie an Postulate gemäss Art. 41 ff. der Geschäftsordnung des Stadtparlamentes GeschO STAPA gestellt werden, einzuhalten vermag.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 16. JUNI 2022

GESCH.-NR. 2022-0430

BESCHLUSS-NR. 2022-133

PLENARDEBATTE

BEGRÜNDUNG DURCH DEN POSTULANTEN

SIMON BINDER, SVP

Simon Binder, SVP, Mitglied des Stadtparlamentes, begründet seinen Vorstoss. Er untermalt seine Erläuterungen mit einer Präsentation (die Projektionsunterlage findet sich im Anhang zu diesem Protokoll) und hält sich dabei in grossen Zügen an seine schriftlich eingereichte Begründung.

Als «Bremsklotz» für den schleppenden Umbau der Energieerzeugung ortet der Postulant häufig die eigenen Gesetze. Er weist auf das ungenutzte Potenzial für die Biogasproduktion oder die Verstromung von Holz hin. Die Windkraftanlage oberhalb von Ottikon sei im Richtplan enthalten. Die Erzeugung von Geothermie und deren Nutzung werde in der Schweiz je länger desto spannender. Dies seien teilweise auch langfristige Ideen. Photovoltaikanlagen würden leider an geschützten Orten verhindert. Zudem bestünden auch technische Limitierungen oder Auflagen für Grossanlagen. Dem Postulanten sei klar, dass der Stadtrat nicht einfach den Hebel umlegen und die Welt verändern könne. In vielen Projekten sei die Beteiligung von privaten Investoren evident. Zudem seien auch einige übergeordnete Instanzen gefordert. Die Stadt müsse jedoch selber Verantwortung für die Energiewende übernehmen.

ERKLÄRUNG DES STADTRATES

STADTRAT MARCO NUZZI, FDP

RESSORT HOCHBAU

Marco Nuzzi, FDP, Stadtrat Ressort Hochbau, erklärt namens des Stadtrates Bereitschaft zur Entgegennahme des Vorstosses. Er weist dabei darauf hin, dass die Zuständigkeit für den Abbau von bürokratischen Hürden hauptsächlich bei übergeordneten Instanzen läge. Der Stadtrat hätte es begrüsst, die Fragen im Rahmen einer Interpellation zu beantworten.

ALLGEMEINE DEBATTE

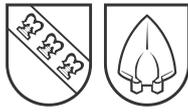
MAXIM MORSKOI, SP

Maxim Morskoi, SP, Mitglied des Stadtparlamentes, erklärt namens der SP-Fraktion die Zustimmung zur Überweisung des Postulates an den Stadtrat, auch wenn der Postulant damit «ganz viele Fässer» öffne. Bei manchen Themen schreie man nach dem Staat, bei anderen sollen Private aktiv werden. Dies mache den Umgang mit der Thematik eher schwierig.

Die Umsetzung der Vorschläge würden sehr viel Geld kosten. Maxim Morskoi fragt, wer dies bezahlen soll. Das Ganze sei nicht ganz so einfach, wie dargestellt. Das Problem seien hauptsächlich auch die fehlenden Fachkräfte, die in diesem Bereich tätig sein sollten.

DAVID ZIMMERMANN, EVP

David Zimmermann, EVP, Mitglied des Stadtparlamentes, zeigt sich erfreut, ja gar überrascht, angesichts des Postulates aus der Feder von Simon Binder. Es weise auf ein Umdenken bei der SVP hin. Es sei nicht die Frage, ob, sondern nur wann auf erneuerbare Energien umgestellt werde.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 16. JUNI 2022

GESCH.-NR. 2022-0430

BESCHLUSS-NR. 2022-133

Die EU-Kommissionspräsidentin habe letzte Woche angekündigt, dass ab 2035 keine neuen Verbrennermotoren mehr zugelassen würden. Auf lokaler Ebene gebe es viel zu tun. David Zimmermann fordert auf, die Energiewende anzupacken. Aus eigener Erfahrung weist David Zimmermann auf die effiziente städtische Förderung erneuerbarer Energien hin.

Die EVP-Fraktion werde das Postulat unterstützen.

BEAT BORNHAUSER, GLP

Für *Beat Bornhauser, GLP, Mitglied des Stadtparlamentes*, sei es erstaunlich, dass dieses Postulat nun von der SVP eingereicht werde. Noch vor zwei Jahren hätte die SVP-Fraktion noch gegen eine Motion zur Förderung erneuerbarer Energien gestimmt. Damals sei gemäss SVP «alles im Butter» gewesen. Auch die bürokratischen Hürden seien in der Regel vorgeschobene Argumente. In der Kernzone II sei es kein grosses Problem, eine Bewilligung für Photovoltaikanlagen zu erhalten. Trotzdem seien beispielsweise in Ottikon nur wenige solche Anlagen zu sehen. Er habe für den Erhalt einer Baubewilligung nur 10 Tage warten müssen. Beat Bornhauser zeigt sich unsicher, ob aufgrund des vorliegenden Postulates viel Erkenntnisse gewonnen werden können.

KATHARINA MORF, FDP/JLIE

Katharina Morf, FDP/JLIE, Mitglied des Stadtparlamentes, erläutert, dass die FDP-/JLIE-Fraktion den Ausbau erneuerbarer Energien grundsätzlich unterstütze. Die gesetzlichen Hürden, die zu bewältigen seien, werden den Stadtrat bei den Handlungsmöglichkeiten stark einschränken. Die FDP-/JLIE-Fraktion bitte den Stadtrat daher, die Ressourcen bei der Beantwortung des Postulates schonend einzusetzen.

MATTHIAS MÜLLER, MITTE

Matthias Müller, Mitte, Mitglied des Stadtparlamentes, teilt mit, dass seine Fraktion wie gewohnt gute Vorschläge unterstütze und dies auch im vorliegenden Fall tun werde. Der Weg in die Zukunft sei aber nicht gratis zu beschreiten. Es gelte auch zu überlegen, in welchen Bereichen auf gewisse Dinge verzichtet werden könne. Gut sei es, die eigenen Handlungsmöglichkeiten auszuschöpfen. Er hoffe, dass das Postulat helfe, das Bewusstsein in der Bevölkerung zum eigenen Stromverbrauch zu stärken.

Keine weiteren Wortbegehren.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 16. JUNI 2022

GESCH.-NR. 2022-0430

BESCHLUSS-NR. 2022-133

DAS STADTPARLAMENT

BESCHLIESST:

1. Das Postulat von Simon Binder, SVP, und Mitunterzeichnenden, betreffend Reduktion von bürokratischen Hürden und Sicherstellung von kosteneffizienten Anreizen bei Investitionen in regenerative Energien, wird dem Stadtrat zur Beantwortung bzw. Berichterstattung überwiesen.
2. Der Stadtrat hat dem Stadtparlament eine Vorlage in Anwendung von Art. 43 Ziff. 1 GeschO STAPA innert 12 Monaten, spätestens bis 16. Juni 2023, zu unterbreiten.
3. Gegen diesen Beschluss ist das Referendum ausgeschlossen.
4. Gegen diesen Beschluss kann gestützt auf § 21a f. des Verwaltungsrechtspflegegesetzes (VRG) wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs in Stimmrechtssachen beim Bezirksrat Pfäffikon, Hörnlistrasse 71, 8330 Pfäffikon, erhoben werden.
5. Im Übrigen kann gegen diesen Beschluss gestützt auf § 19 ff. VRG wegen Rechtsverletzungen, unrichtiger oder ungenügender Feststellung des Sachverhaltes oder Unangemessenheit der angefochtenen Anordnung innert 30 Tagen ab Publikation beim Bezirksrat Pfäffikon, Hörnlistrasse 71, 8330 Pfäffikon, schriftlich Rekurs erhoben werden.
6. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - a. Abteilung Präsidiales
 - b. Abteilung Präsidiales (Geschäftsakten)

Das Stadtparlament überweist dem Stadtrat das Postulat mit grossem Mehr.

Mitteilung durch Protokollauszug an:

- Abteilung Präsidiales
 - Parlamentsdienst (Geschäftsakten)
-

Für getreuen Auszug aus dem Protokoll

Stadtparlament Illnau-Effretikon


Marco Steiner
Parlamentssekretär

Versandt am: 17.06.2022